

klarer zu scheiden: Confederacy/Congress hat nur die Funktion Meinungen der Mitgliedsstaaten zu äußern. Judiciary ist dagegen das eigentliche Organ des Internationalen Rechtes. Das Public Opinion Tribunal wird nur beiläufig erwähnt und Bentham traut ihm nicht viel zu. Klar ist nur, daß Bentham ein Internationales Forum zur Konfliktbearbeitung braucht, daß er aber erhebliche Schwierigkeiten hat, eine genauere Form anzugeben. Deutlicher ausgeführt ist das Prinzip der Öffentlichkeit (in seinem *Constitutional Code* konnte er freilich auch Sicherheit Vorrang vor Öffentlichkeit geben). Ebenso klar ist, daß er aus Respekt vor Souveränität jedes enforcement des internationalen Rechtes ablehnt.

Krieg ist utilitaristisch nur gerechtfertigt, wenn die Existenz des Staates gefährdet ist. Das Militär dient deshalb grundsätzlich der Verteidigung (die freilich auch als Angriff, sogar als Präventivkrieg geführt werden kann). Ein stehendes Heer ist ein Übel, aber allein ein stehendes Heer ist dem Kulturfortschritt noch angemessen. Die militärischen Parteien des *Constitutional Code* sind dann stark damit beschäftigt, die Übel eines professionellen Heeres wieder zu regulieren, u.a. durch eine Balance von bezahlten und unbezahlten Truppen. Letztlich ist es aber ein politisches Problem: Je weiter der Staat von Demokratie entfernt ist, desto mehr ist das Berufsheer eine Gefahr für die Sicherheit des Staates.

Von allen Fragen der Internationalen Beziehungen hat Bentham zweifellos die Kolonialfrage am stärksten interessiert. Das Thema ist Truppenverminderung durch Emanzipation der Kolonien. Er hat Zweifel, daß die Menschheit moralisch reif für Abrüstung ist, und beschränkt sich deshalb auf Argumentation mit self-interest. Grundsätzliche Argumente gegen Kolonien hat er nicht. Das Argument ist die große Entfernung zum Mutterland, die den Entscheidungsprozeß deformiert. Gegen Marokko als spanische Kolonie hat Bentham deshalb nichts einzuwenden. Auch hier ist Sicherheit, die zu ökonomischer Entwicklung führt, wieder das entscheidende Argument: Bei Wilden und Barbaren fehlt diese Sicherheit und die Kolonialherrschaft ist vorzuziehen.

7.3.3 James Mill

James Mill, 1775-1836, geboren in der Grafschaft Angus in Schottland als Sohn eines Schuhmachers. Journalist und Literat in London. Beiträge zur Assoziationspsychologie und zur klassischen Politischen Ökonomie. Jeremy Benthams wichtigster Kontakt zur Öffentlichkeit, Mentor der Philosophischen Radikalen. Leitende Position in der politischen Verwaltung Indiens. Der Klassiker des Antikolonialismus war ein führender Praktiker des Kolonialismus.

Vergleiche zur Biographie:

Alexander Bain, James Mill : a Biography. – London 1882, Neudruck New York 1966.

Aber am deutlichsten wird er in der Autobiographie seines Sohnes John Stuart Mill.

Überblick über sein Werk:

Robert A. Fenn, *James Mill's Political Thought*. – New York 1987 (Revision einer Dissertation London 1971).

Mill wird hier im Anschluß an Bentham behandelt, weil seine intellektuelle Position stark von seiner Beziehung zu Bentham und der Weitergabe von dessen Lehre an einen jüngeren Kreis der Utilitaristen geprägt ist. Mills Aufsätze zeigen keine Ideen, die nicht bereits in Benthams frühen Manuskripten standen, aber Mills Aufsätze haben eher als Benthams unlesbare und spät gedruckte Texte diese Ideen an die Friedensbewegung in Großbritannien und in den USA weitergegeben. Mill ist der Dogmatiker des Glaubens an die internationale Öffentliche Meinung, der diese Bewegung im 19. Jahrhundert prägen und im 20. Jahrhundert die realistische Gegenbewegung hervorrufen wird. Vergleiche Stephen Conway, *Bentham, the Benthamites, and the Nineteenth-Century British Peace Movement*, in: *Utilitas* 2 (1990) 221-243, speziell S. 235-238.

Texte

Colony (1818)

in: Essays reprinted from the Supplement to the Encyclopedia Britannica. – London 1828 (Neudruck London 1999)

Mill unterscheidet zwischen überseeischen Siedlungen, die er begrüßt, und kommerziell oder machtpolitisch begründeten Niederlassungen, die allein aus mangelnder Kontrolle der Regierung erklärt werden können und die die Kontrolle der Regierung weiter schwächen; die dem Schutz vor Feinden dienen sollen, aber nur noch mehr Feinde schaffen. Daß diese Kolonien trotzdem so gesucht werden, kann nur daraus erklärt werden, daß „the few“ regieren, nicht „the many.“ Den herrschenden Kreisen bringen die Kolonien tatsächlich etwas ein, aber auf Kosten des Rests der Bevölkerung. Kriege nützen den Herrschenden immer (der Regierung bringen sie Macht, der ganzen Klasse Posten), weshalb auch die albernsten Gründe akzeptiert werden. Die Macht der Regierung ist im Krieg größer als im Frieden, das gilt vor allem für eigentlich begrenzte Regierungen. Mills Warnung vor Kolonien ist letztlich isolationistisch: Wenn die Zahl der Kontakte mit anderen Staaten wächst, wachsen auch die Konflikte wegen verletztem Interesse oder Stolz, die den Vorwand für Kriege bringen.

Law of Nations (1823)

in: Essays reprinted from the Supplement to the Encyclopaedia Britannica. – London 1828 (Neudruck London 1999)

Mill trägt die verbreitete Benthamistische Deutung vor, daß das Völkerrecht eigentlich kein Recht ist, weil es keine kontinuierliche Einigkeit der Staaten gibt es durchzusetzen. Bündnisse zwischen Staaten sind kurzfristig, ein Bündnis aller Staaten offenbar unmöglich. Die völkerrechtlichen Regeln entsprechen deshalb der Etikette

oder der Moral. Wie bei der Moral kann dieses System nur funktionieren, wenn die Individuen etwa gleichstark sind. Statt aber jetzt das Staatensystem und die Balance zu prüfen, lenkt Mill auf die Regierungssystem um: Von Demokratien, innerhalb derer eine gemeinsame Moral eher eine Chance hat, ist auch international am ehesten eine Beachtung des Völkerrechts zu erwarten.

Das Völkerrecht sollte wie das innerstaatliche Recht kodifiziert werden; durch Delegierte aus allen Ländern, damit das Wissen aller Länder zusammenkommt. Da die Sanktion der öffentlichen Meinung auf internationaler Ebene die einzige ist, kommt alles auf Publizität an. Als Tribunal sieht er eine multinationale Gerichtsversammlung vor, deren öffentliches Ansehen so groß wäre, daß kein Land den Spruch einfach negieren kann. Ein solches Tribunal wäre eine Schule der politischen Moral (in der Tat will er die Entscheidungen des Tribunals in den Schulen besprechen lassen). Außer dieser Öffentlichen Meinung setzt Mill keine Exekution voraus. Keine Nation wird das Objekt der Verachtung und des Hasses der anderen werden wollen. Aber es gibt auch friedliche Sanktionen: Bestimmte Privilegien im Umgang der Staaten miteinander können genommen werden, zeremonielle oder auch solche, die die Bewohner direkt treffen (z. B. das Recht in anderen Staaten Prozesse zu führen).

Literatur

Majeed, Javed

Un governed Imaginings : James Mill's *The History of British India* and Orientalism. – Oxford : Clarendon Pr., 1992. – 225 S. (Oxford English Monographs)

James Mill's *The History of British India* : the Question of Utilitarianism and Empire, in: *Utilitarianism and Empire* / ed. by Bart Schultz and Georgios Varouxakis. – Lanham, MD (u.a.) : Lexington Books, 2005. – S. 93-105

In regierten die Briten ein Land, das nicht von europäischen Siedlern besiedelt war. Seit 1783 bemühten sie sich, das indische Recht zu sammeln, folgen dabei aber stark konservativen Deutungen indischer Gelehrter über Kastenrechte und Landrechte. James Mill ist dagegen nicht an indischer Tradition interessiert, sondern an einem Versuchsfeld für die Anwendung Benthamistischer Rechtsreform. Das unterschied ihn von Bentham (der für jede Gesellschaft ein eigenes Recht schreiben möchte) und von den üblichen britischen Radikalen, denen Mills Neigung zum Systematisieren fehlt. Im Grunde ging es ihm nicht um die indische Gesellschaft, sondern um eine Kritik der britischen Gesellschaft. Er mißbilligt vor allem die Bodenregelung von 1793, die in Indien eine Aristokratie schaffte; er wollte dagegen direkte Beziehungen der Steuereinsammler zu den Bauern. Die Angriffe Mills in der *History* auf Imagination, konkret phantastische Vorstellungen vom kulturellen und ökonomischen Reichtum Indiens, müssen verstanden werden als Angriffe auf konservative Versuche, eine indische Aristokratie zu erfinden.

Mills *History*, die häufig als ein besonders eklatantes Beispiel für die Verachtung der Kultur der Kolonien gilt, wird für Majeed ein Mittel die Simplizitäten von Ed-

ward Saids Orientalismus-Konzept zu korrigieren. Mill greift die orientalistische Tradition an, um die aristokratisch-agrarische Tradition in England zu treffen. Die Kritik anderer Kulturen ist eine Kritik der eigenen Kultur, für beide Kulturen sollen bessere Praktiken gegen das Gewicht der Vergangenheit ermöglicht werden.

7.3.4 Godwin

William Godwin, 1756-1836, geboren in Cambridgeshire als Sohn eines Geistlichen einer Dissentergemeinde. Selber als Geistlicher ausgebildet, ging aber den vollen Weg vom Deismus über den Pantheismus zum Atheismus. Journalist und Literat in London. Lohnarbeit für Verleger, ein kurzer Ruhm als Politischer Theoretiker und Romanautor, später selber Verleger (von Kinderbüchern). Heute am berühmtesten als Gatte einer berühmteren Autorin (Mary Wollstonecraft), Vater einer berühmteren Autorin (Mary Shelley), Schwiegervater eines noch viel berühmteren Autors (Percy Bysshe Shelley).

Biographie:

Don Locke, *A Fantasy of Reason : the Life and Thought of William Godwin*. – London 1980

William St. Clair, *The Godwins and the Shelleys : the Biography of a Family*. – London 1989.

Von Godwin wird heute am ehesten sein erster Roman gelesen, aber er ist als Theoretiker nicht vergessen. In der Geschichte des Anarchismus wird er regelmäßig als ein Gründervater erwähnt. Godwin fordert eine Realisierung der von Hume und Smith entwickelten Philosophie der Unparteilichkeit: Gerade weil die Menschen dazu neigen, das eigene Glück für wichtiger als das Glück der anderen zu nehmen, muß es eine Präferenz der Vernunft geben, eine Präferenz für den impartial spectator of human concerns. Die benevolence für die ganze Welt steht vor den affections für die eigene kleinere Gruppe. Wir müssen in die Lage versetzt werden, unsere Meinungen an den Fakten zu korrigieren; das geht nur durch eine Stärkung des eigenen Urteils. Politisch ist die Lösung die Privilegierung der Entscheidung in kleinen Gruppen aus Familien und Freunden vor den von Rhetorik geprägten Nationalstaaten. Er will den Staat nicht abschaffen, aber nur tätig werden lassen, wenn es unbedingt nötig ist. Auch „Sozialist“ ist Godwin am ehesten, um den Weg zum eigenen Urteil zu sichern (das kleine Eigentum ist Basis für Freiheit, aber gerade wegen der Freiheit darf niemand vom anderen ökonomisch abhängig sein).

Zu Godwins politischer Theorie vergleiche:

D.H. Monroe, *Godwin's Moral Philosophy : an Interpretation of William Godwin*. – Oxford 1953 (Neudruck Westport, Con. 1978)

Frederick Rosen, *Progress and Democracy : William Godwin's Contribution to Political Philosophy*. – Dissertation der London School of Economics 1965, gedruckt New York 1987